

Die Zukunft des ländlichen Raumes

Podiumsgespräch mit Ministerpräsident Daniel Günther

DUVENSEE. Viele Informationen, Lob, wohlwollende Kenntnisnahme, Gesprächsbereitschaft, aber auch eine deutliche Absage – das bot das anderthalbstündige Podiumsgespräch zur „Zukunft des ländlichen Raumes“ am Donnerstag in Duvensee.

Ministerpräsident Daniel Günther war in das Dorfgemeinschaftshaus gekommen, um mit Bürgermeistern des Amtes Sandesneben-Nusse, dem Verein Duvensser Moor und weiteren Gästen über die Themen Abwasserbehandlung, geliebter Naturschutz und das Freibad Steinhorst zu sprechen. Duvensees Bürgermeister Hans-Peter Grell und Amtsvorsteher Ulrich Hardtke als Gastgeber freuten sich sichtlich über den Besuch aus Kiel, der mit flotten Klängen der „Original Duvenseer Blasmusik“ empfangen wurde.

In drei Impulsreferaten wurde der Ministerpräsident über Themen informiert, die das Amt beschäftigen. Ulrich Hardtke sprach über das „Pilotprojekt Neue Kläranlage Duvensee, Lüchow, Klinkrade“. Hierbei geht es um den Bau einer zentralen Kläranlage in Duvensee sowie einer Klärschlammbehandlungsanlage. Ziel, so Hardtke, sei es, diesem Projekt den „Startschuss zu verpassen“. Die Kläranlage soll die bisherigen Klärteiche in den Gemeinden ersetzen. Diese seien nicht mehr in der Lage, das Abwasser von Medikamentenresten oder Mikroplastik zu befreien.

„Es ist unabdingbar, das Abwasser vernünftig zu reini-



Duvensees Bürgermeister Hans-Peter Grell (li.) und Amtsvorsteher Ulrich Hardtke (re.) begrüßten Ministerpräsident Daniel Günther im Dorfgemeinschaftshaus zur Gesprächsrunde. Foto: M. Nordmann

gen“, betonte der Amtsvorsteher. Letztlich gehe es darum, das Amt Sandesneben-Nusse mit seinen 25 Gemeinden zu einer Modellregion zu machen und die Teichkläranlagen zu ersetzen, um Gewässerschutz zu betreiben. Rund vier Millionen Euro würde die zentrale Kläranlage kosten. Zugleich müsse der Abwasserzweckverband Sandesneben eine Anlage zur Klärschlammaufbereitung für die anschließende Verbrennung in Stapelfeld für rund 3,6 Millionen Euro bauen. Für beide Projekte erhoffe sich das Amt Zuschüsse vom Land. Denn allein über höhere Abwassergebühren und damit einer stärkeren Belastung des Bürgers ließe sich das nicht finanzieren.

Die Antwort des Ministerpräsidenten konnte den Amtsvorsteher nicht zufrieden stimmen. Die Kommunen in Schleswig-Holstein würden

vom Land finanziell besser unterstützt als in anderen Bundesländern erklärte Günther vorab. „Ich habe viel Sympathie für die Abwasserreinigung.“ Aber: „Die Abwasserreinigung ist Aufgabe der Kommunen.“ Will heißen, dass die Finanzierung über die Gebühren zu erfolgen habe. Hier sei Überzeugungsarbeit zu leisten. Er sei skeptisch, ob das Land Fördermittel verteile. „Ich nehme das Thema aber mit nach Kiel“, so der CDU-Politiker. Viel Lob und Anerkennung zollte der Ministerpräsident den beiden anderen vorgestellten Projekten, dem Verein Duvensser Moor und dem Steinhorster Freibad. Der Vereinsvorsitzende Gerd Vogler ließ die Erfolgsgeschichte eines Naturschutzes mit den Bürgern Revue passieren. Fünf Jahre bestehe der Verein und die gefassten Pläne seien „übererfüllt“ wor-

den, so Vogler. Es habe sich gezeigt, dass das Ehrenamt Verantwortung übernehmen könne. 21 Gemeinden und 10 Verbände sowie viele Bürger seien Vereinsmitglieder, die das Moor erhalten wollten, ohne staatlich verordneten Naturschutz. Die Arbeit finanziere sich allein aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Das kein Geld vom Land benötigt werde, hörte der Ministerpräsident gerne. Er sagte zu, dass das Land weiterhin nicht die Absicht habe, in Duvensee „Naturschutz von oben“ zu verordnen.

Zum Abschluss berichtete Horst Wardius, Bürgermeister von Steinhorst, über das Freibad Steinhorst und den Sanierungsplänen für das in die Jahre gekommene 25x25 Meter-Schwimmbecken. Er betonte zugleich die Wichtigkeit des 1956 erbauten Freibades für die Schwimmbildung von Kindern. Nun soll ein Edelstahlbecken das bisherige Folienbecken ablösen. Dafür seien 1,4 Millionen Euro nötig. Überraschend sei die Gemeinde in den Genuss einer Bundesförderung über 832.000 Euro gekommen. „Jetzt fragen wir nach einer Landesförderung, um die Lücke zu schließen“, so Horst Wardius.

Hier verwies der Ministerpräsident auf die Möglichkeiten eines Landesdarlehens oder Geldern aus der Sportförderung. Daniel Günther unterstrich aber auch die Notwendigkeit, Kindern Schwimmunterricht zu ermöglichen. Hier sei nach der Pandemie vieles aufzuholen.

mno